

Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 73 (1995)
Heft: 3

Artikel: Einige Elemente zum Verständnis des Populismus
Autor: Papadopoulos, Yannis
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-341173>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 01.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Einige Elemente zum Verständnis des Populismus

Anlässlich der eidgenössischen Wahlen von 1991 haben die Medien damit begonnen, den Begriff «Populismus» ausgiebig zu verwenden, um das Erstarken extremer Rechts-Gruppierungen zu benennen. Die Kampagne rund um die EWR-Abstimmung mit dem Erfolg der von Blochers SVP ausgegebenen Losungen stellte eine zweite Etappe dar. Schliesslich sind auch die Polemiken rund um die Asyl- und Drogenpolitik geprägt gewesen durch Stellungnahmen, die man als populistisch bezeichnet hat.

Yannis Papadopoulos

Der Begriff des «Populismus» ist mithin emotional stark aufgeladen und ideologisch besetzt. Er gehört von nun an zum Parteienstreit und wird in polemischer Absicht verwendet, um Gegner zu disqualifizieren, deren Erstarken als Symptom einer politischen Pathologie wahrgenommen wird. Wer so vorgeht, verbaut sich allerdings die Chance, den Populismus zu verstehen – mit dem Ergebnis, dass die im Kampf gegen ihn gewählten Waffen möglicherweise nicht die besten sind. Es ist daher nötig, die Debatte leidenschaftslos zu führen und zugleich begriffliche Strenge in die Analyse des Populismus einzuführen. Dies werde ich versuchen; es sollte dann rasch möglich sein, die Gründe seines gegenwärtigen Erfolgs besser zu verstehen.

Zunächst einmal: was versteht man unter Populismus? Offenbar wird der Begriff im

politischen Diskurs der Schweiz beliebig gebraucht, um Fremdenhass, Nationalismus, Autoritarismus, Traditionskult u.a. zu bezeichnen. Eine populistische Ideologie ist jedoch vor allem ein Glaubenssystem, das die Tugenden des Volkes verherrlicht und gegen das (politische, wirtschaftliche, intellektuelle) Establishment ausspielt; dieses wird aus diversen Gründen (Egoismus, Korruption, Verrat) verachtet. Wir werden sehen, dass es keine automatische Verbindung etwa zwischen Populismus und Nationalismus gibt. Das Volk ist wohlgerne dazu aufgerufen, auf die bösartigen Eliten zu reagieren. Die populistischen Bewegungen zeichnen sich nicht allein durch ihren Diskurs aus, sondern auch durch Organisationspraktiken und eine besondere soziale Basis. Im allgemeinen wird die populistische Organisation von einem charismatischen Führer beherrscht, von dem man erwartet, dass er direkt mit seiner Basis (dem «Volk») kommuniziert: daraus folgt das Fehlen von relevanten Zwischenstufen und interner Demokratie. Der kritisierte Elitarismus findet sich im Rahmen der Organisation wieder. Schliesslich besteht die Wählerschaft populistischer Parteien in der Regel aus Bürgern, die sich im Stich gelassen und benachteiligt fühlen, ausgeschlossen von der Entscheidungsgewalt, von wirtschaftlichen und kulturellen Vergünstigungen, die von einer Kaste von Privilegierten monopolisiert werden. Nun werden aber die organisatorischen Eigenheiten und die sozialen Besonderheiten der Populisten in der gegenwärtigen De-

batte selten erwähnt. Wir werden darauf zurückkommen.

Der Erfolg der Populisten ist – gegenteiliger Ansichten zum Trotz – keine neue Erscheinung. Man findet ihn rückblickend in der Gestalt von Unzufriedenheit und Protestabstimmungen, die darauf abzielen, die politische Klasse für ihre Irrwege in der Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten zu bestrafen, ihr «eine Lektion zu erteilen»: das «Volk» gegen die «hohen Herren», um einen Ausdruck des französischen Politologen Pierre Birnbaum zu verwenden. So hat die Analyse der Äusserungen von Leuten, die in den 70er Jahren die Schwarzenbach-Initiativen unterstützt haben, eine stark anti-elitäre Dimension in ihren Argumenten zum Vorschein gebracht, die sich mithin nicht in blossen Fremdenhass erschöpften. Die populistische Opposition hat sich entsprechend in jener Zeit nicht auf fremdenfeindliche Stimmungen beschränkt: anti-elitäre und traditionalistische Reaktionen sind anlässlich der Volksabstimmungen wiederholt sichtbar geworden und haben zum Scheitern zahlreicher Vorlagen der Behörden geführt. Der Erfolg der Populisten ist also nicht neu, er ist auch keine helvetische Besonderheit. Wir beobachten zur Zeit einen populistischen Aufschwung in mehreren Ländern Westeuropas: in näherer Umgebung in Frankreich mit dem Front National und in Österreich mit der FPÖ; aber auch in weiterer Umgebung, in Flandern, Schweden und anderswo.

Der Populismus sollte jedoch nicht ohne weiteres mit der extremen Rechten gleichgestellt werden. Für die linke Auseinandersetzung mit dem Problem scheint mir das sehr wichtig zu sein. In lateinamerikanischen Ländern wie Peru, Brasilien und Argentinien etwa haben die populistischen Bewegungen für die sozialen Kräfte, die sie unterstützen, eine anti-oligarchische, fortschrittliche und emanzipatorische Ausstrahlung. Ähnlich weisen in südeuropäi-

schen Ländern wie Spanien und Griechenland, wo die Demokratie an die Stelle von Rechtsdiktaturen getreten ist, eher sozialistische denn rechte Parteien populistische Merkmale auf. Man kann behaupten, dass der Populismus a priori weder rechts noch links ist: man findet z.B. bei Gruppierungen gegensätzlicher ideologischer Ausrichtung starke Übereinstimmungen bezüglich der Kritik des Geldes und der Geschäftemacherei. Warum ist dann aber der Populismus in der Schweiz vor allem rechts angesiedelt?

Populisten sind per definitionem Oppositionsbewegungen: die Feindschaft gegenüber dem Establishment ist grundlegend für ihre Identität. Nun ist aber die wichtigste Oppositionskraft in der Schweiz, die Sozialdemokratische Partei, aufgrund ihrer gleichzeitigen Regierungsbeteiligung als solche für soziale Schichten, die sich bei der Regierung zu beschweren haben, nicht genügend glaubwürdig. Als wesentlicher Bestandteil des Regierungs-Establishments wahrgenommen (obwohl sie nicht über viel Macht verfügt), gelingt es der SPS nicht, sich in den Augen ihrer Basis genügend von ihren bürgerlichen Koalitionspartnern abzugrenzen – «es sind doch alle die Gleichen». Die Eigenart der Populisten besteht aber gerade in der sorgsamsten Pflege ihrer Volksnähe, verknüpft mit der Abgrenzung gegenüber den anderen politischen Akteuren, die sie obendrein isolieren und verfolgen. Um es geradeheraus zu sagen: die SP-Beteiligung an der Regierung der grossen Koalition hat auf dem «Markt» des Protestes eine Leerstelle hinterlassen, die die handfeste Rechte besetzt hat.

Gesamthaft lässt sich sagen, dass die extreme Rechte das verstreute populistische Potential sammelt, weil sich die Linke hinsichtlich ihrer Oppositionsrolle in der Krise befindet. Künftig werden die sozialistischen Parteien genau wie die übrigen als Verwalter der Macht wahrgenommen. In

Populisten sind per definitionem Oppositionsbewegungen: die Feindschaft gegenüber dem Establishment ist grundlegend für ihre Identität.

**Die Populisten
benutzen das
emotionale Defi-
zit, das durch
die Art und Weise
der Behandlung
heutiger Proble-
me erzeugt wird.**

Frankreich und vor allem in Italien scheinen sie stark in Korruptionsskandale verwickelt zu sein, während sich die kommunistischen Parteien im Niedergang befinden. In Frankreich haben Untersuchungen gezeigt, dass für bestimmte Bevölkerungsschichten der Front National die Kommunistische Partei als Anklägerin von Ungerechtigkeit und Ungleichheiten verdrängt hat. Auffällig ist ebenfalls, dass dort, wo eine konsequente linke Kraft existiert, die keine Regierungsverantwortung wahrnimmt und deshalb in ihrer Abgrenzung vom «Kartell» des Establishments glaubwürdig erscheint, sie die Regierung bequem kritisieren kann und das Wahlvolk mobilisiert. Dies ist der Fall bei der von Joseph Zisyadis geführten PdA, die mit einer anti-elitären Rhetorik im Kanton Waadt glänzende Erfolge verbucht hat, dies vor allem in Lausanne, wo die extreme Rechte verschwunden ist. Angesichts des im Vergleich zur deutschen Schweiz relativ schwach ausgeprägten ökologischen Bewusstseins lassen sich auch die ersten Wahlerfolge der Grünen in der französischen Schweiz durch eine betont establishment- und finanzfeindliche Rhetorik erklären.

Kurzum: eine in ihrer Doppelrolle als Regierungs- und Oppositionspartei zweideutige Sozialdemokratische Partei lässt der extremen Rechten freies Feld im Bereich des volkstümlichen Protest. Die Linke ist wohlgerne nicht allein verantwortlich: die Denunzierung des Sozialstaates durch die neoliberale Rechte hat einerseits den Kreis der Ausgeschlossenen erweitert und andererseits eine Rhetorik begünstigt, die den Aufstand der Steuerpflichtigen gegen eine ausufernde Bürokratie verherrlicht, gegen eine verschwenderische Ausgabenpolitik zugunsten von Gruppen, die man lieber ausschliessen möchte. Man darf sich aber denken, dass die SPS im Zuge der Klärung ihrer Oppositionsrolle ihre Mobilisierungsfähigkeit bei unzufriedenen sozialen Gruppen verstärken könnte: die

Zugehörigkeit zur Regierung verunmöglicht es ihr, zur glaubwürdigen Wortführerin jener Bürger zu werden, die sich vernachlässigt vorkommen. Heisst das, die SPS müsse selbst «populistischer» – also regierungskritischer, nicht nationalistisch und fremdenfeindlich – werden, um aus ihrer Stagnation herauszukommen? Hier handelt es sich offensichtlich um eine Frage der politischen Entscheidung. Ich möchte vor allem Nachdruck legen auf das Dilemma zwischen einer verantwortlichen Haltung, die die Komplexität der heutigen sozialen und technischen Probleme berücksichtigt, der extremen Rechten aber den Alleinvertretungsanspruch in der Opposition überlässt, sowie der Förderung eines volkstümlicheren und bestimmteren Diskurses, der sich wahlmässig stärker auszahlen könnte, in ethischer und prinzipieller Hinsicht jedoch fragwürdig ist, weil er den Weg verbaut für jede erzieherische Anstrengung und Vorschläge zur wirklichen Lösung der Probleme verhindert.

Tatsächlich vermag der populistische Diskurs zu verführen, selbst wenn man ihn nicht liebt. Er vereinfacht die Dinge in einer Zeit, in der vor allem Bürgerinnen und Bürger mit bescheidenem Bildungsniveau angesichts der Komplexität der Probleme und einer gewissen Ohnmacht der Regierenden grosse Bestürzung empfinden. Angesichts eines Sinnverlusts bringt dieser Diskurs beruhigende Antworten. Das schwindende Gefühl, die Welt zu beherrschen, verliert überdies mit der Globalisierung und der internationalen Abhängigkeit weiter an Grund. Diese Tendenzen finden ihren Ausdruck in einem politischen Pflichtenheft, das die nationalen Regierungen nur noch in höchst beschränktem Ausmass kontrollieren. Die Reaktion des Rückzugs und des Sich-Verschliessens ist von nun an, angesichts noch nie dagewesener und lange ignorierten Anpassungszwänge, nicht mehr irrational. Die Populisten benutzen zudem das emotionale Defizit, das durch die Art und Wei-

se der Behandlung heutiger Probleme erzeugt wird. Die Rhetorik der Verwalter kann nur glanzlos und nüchtern sein, die vorgeschlagenen Lösungen wenig begeistert, was ein erhebliches Ausmass an Frustration bei der Bevölkerung hinterlässt. Typisch ist in dieser Hinsicht die charismatische und paternalistische Dimension des Populismus, die übertriebene Vorliebe für die spontane Mobilisierung und das Misstrauen gegenüber den Behörden. Obwohl diese Einstellungen in der Schweiz weniger stark entwickelt sind, ist die Formel der Führer der Lega dei Ticinesi – «Wir werden unsere Zusammenkunft auf dem Platz von Lugano abhalten» – exemplarisch für die Ablehnung der Institutionalisierung, die notwendig Routine und Austrocknung mit sich bringt.

Die Populisten erlegen zudem zwei Fliegen auf einen Streich, wenn sie Sündenböcke ausfindig machen und gleichzeitig die Eliten wegen ihrer Haltung diesen gegenüber kritisieren: nachsichtige Haltung gegenüber Drogenabhängigen in der rechten Variante, Komplizenschaft mit den Finanzmächten in der linken Variante, Verschleuderung des Landes an die Fremden – hier ein Thema der Rechten, andernorts, in der «anti-imperialistischen» Version, eines der Linken. Die Alternative scheint klar zu sein: die zu Unrecht privilegierten Gruppen auf die eine oder andere Weise «zahlen lassen». Der Erfolg populistischer Diskurse hängt, wie wir bei der SPS gesehen haben, mit dem Attraktivitätsverlust der etablierten Akteure zusammen. Man verdächtigt sie, mit verborgenen Mächten geheime Absprachen zu treffen, sich um die Anliegen der Leute nicht zu kümmern, nur an ihre eigenen Vorteile zu denken, sich auf Kosten der ehrlichen Bürger zu verständigen und sich eine übertriebene Macht anzumassen.

Die populistische Rhetorik fällt auf fruchtbaren Boden, sowohl hinsichtlich des ideologischen wie des zugrundeliegenden so-

zialen Kontextes. Was die Ideologie betrifft, so zeichnen sich unsere Gesellschaften durch einen spektakulären Aufstieg der *Politikverdrossenheit* [im Original deutsch. Die Red.] aus. Ihre zahlreichen Aspekte findet man auch in der Schweiz: abnehmende Identifikation mit den etablierten Parteien, ein durch diverse Affären verstärktes Misstrauen gegenüber der Regierung, Stimmenthaltung – nicht als Zeichen passiver Zustimmung, sondern im Gegenteil als ein mit dem Gefühl der Ohnmacht verknüpfter Abscheu vor der Politik –, negativ-zynische Vorstellungen von der politischen Welt. Empirische Untersuchungen haben gezeigt, dass das helvetische Machtsystem immer stärker als elitär und abgeschlossen angesehen wird, dass die Mehrheit der Bürger dem mythischen Bild einer demokratischen und pluralistischen Schweiz nicht mehr beistimmt und sich in ihrem Verkehr mit dem Staat nicht mehr als Gewinner fühlt. Dies könnte übrigens das Festhalten an den als Ausgleichsmechanismen verstandenen direktdemokratischen Instrumenten erklären. Kurz: eine steigende Zahl von Wählerinnen und Wählern empfindet die Politik als zu komplex und ist gleichzeitig der Ansicht, dass die Politiker ohnehin tun, was sie wollen. Die Vertrauenskrise und jene der Volksvertretung vergrössern jenes Wahlvolk, mit dem die populistischen Parteien rechnen können; so ist ein sehr grosser Teil der Wählerschaft der Freiheits- (früher Auto-)Partei von solch enttäuschten Wahrnehmungen der Politik geprägt.

Doch diese ideologische Verwirrung hat unleugbar ein soziales Fundament. Schon die Öffnung hin zu populistischen Bewegungen wäre schwächer gewesen, hätten nicht traditionelle soziale Faktoren wie die religiöse Zugehörigkeit oder die gefühlsmässige Identifikation mit einer sozialen Klasse ihre Kraft verloren, Menschen an die historischen Parteien zu binden. Gleichwohl ist wichtig, dass die Populisten das von der traditionellen politischen

**Eine steigende
Zahl von Wähler-
innen und Wäh-
lern empfindet
die Politik als zu
komplex und ist
gleichzeitig der
Ansicht, dass
die Politiker
ohnehin tun,
was sie wollen.**

**Der Aufstieg des
Populismus ist
das Ergebnis der
Gesellschaft der
zwei Geschwin-
digkeiten, der
Dualisierung des
sozialen Ganzen.**

Klasse gegenüber den Anliegen der «kleinen Leute» an den Tag gelegte geringe Einfühlungsvermögen ausnützen. Es muss unbedingt betont werden: der Aufstieg des Populismus ist das Ergebnis der Gesellschaft der zwei Geschwindigkeiten, der Dualisierung des sozialen Ganzen.

Der Populismus ist auch die Folge einer realen Verlagerung der Macht sowie ihrer Konzentration in Bereichen, die wie jene der Technokratie, der Medien oder der Wirtschaftsführung der demokratischen Kontrolle entzogen sind. Das demokratische Defizit wird verdoppelt durch ein Defizit der Zurechnung; je mehr die Bürger von den Entscheidungszentren entfernt sind, desto mehr haben sie Mühe zu verstehen, wer die Entscheidung fasst und aufgrund welcher Kriterien. Dieses Defizit könnte z.B. den in der Schweiz und anderswo zu beobachtenden Abstand erklären zwischen der breiten Unterstützung der europäischen Integration seitens der Führungen und der Polarisierung der Gesellschaft. Man übersieht allzu gerne die Tatsache, dass der Populismus vor allem volkstümlich ist. Analysen des Wahlverhaltens haben etwa gezeigt, dass die nationalistische extreme Rechte in der Schweiz der SPS die Unterstützung durch die einheimische Arbeiterklasse streitig macht. Die Analyse der Abstimmungen über die Blauhelme oder das Antirassismus-Gesetz, in denen ein wichtiger Teil der Bevölkerung den Weisungen der Populisten gefolgt ist, hat gezeigt, dass in Städten wie Genf oder Lausanne gerade die volkstümlichen Quartiere besonders anfällig waren – Quartiere übrigens, in denen der Wähleranteil der Linken nicht unbedeutend ist. Auf unerwartete Weise kehrt derart die Klassenspaltung wieder.

Selbstverständlich ist der Populismus nicht akzeptabel, weil er volkstümlich ist. Wenn sich der populistische Diskurs zum Träger jenes durch die abnehmende Solidarität bewirkten Unbehagens erhebt, ist

er doch auch selbst davon geprägt. Die Populisten sind die ersten, die die Kosten politischer Entscheidungen auf «Paria»-Gruppen wie Drogenkonsumenten und auf soziale Kategorien ohne Mitspracherecht wie Immigranten und heute Asylbewerber abwälzen wollen. Man muss hier einräumen, dass die Mitwirkungsmechanismen geeignet sind, solche Reaktionen zu fördern. Auf nationaler Ebene hat man es bei den fremdenfeindlichen Initiativen gesehen, auf lokaler Ebene wird es immer deutlicher angesichts des Rückgriffs auf demokratische Mechanismen mit dem Ziel, die Einrichtung sozialer Betreuungsdienste oder alternativer Zentren zu verhindern.

Die Bedeutung der Institutionen für die Entwicklung der Populisten ist tatsächlich nicht zu unterschätzen, doch wirkt sie sich zweifellos nicht nur in einer Richtung aus. In der Schweiz erlaubt die direkte Demokratie nicht nur die regelmässige Verbreitung populistischer Themen über die Massenmedien, sie verstärkt auch die Verhandlungsposition ihrer Träger (die fremdenfeindlichen Initiativen haben unbestreitbar Auswirkungen auf die Politik des Bundes betreffend ausländische Arbeitskräfte gehabt), und selbst ihre Macht zur vorbeugenden Erpressung; Blochers Schatten schwebt wohl über den bilateralen Verhandlungen mit der Europäischen Union. Andererseits verhelfen die Referendumsabstimmungen den volkstümlichen Klagen zum Ausdruck, dies in übrigens oft unvorhersehbarer Weise, berücksichtigt man die Kräfteverhältnisse zwischen den Parteien und Verbänden. Fehlte ein solches Ventil, so wäre wohl nicht auszuschliessen, dass die nationalen Wahlen noch mehr Überraschungen bieten und dass die Kraft der populistischen Bewegungen noch bedrohlicher wird, da die Bürger keine anderes Mittel haben, um ihre Wut zu bekunden. Das schweizerische Proporz-Wahlsystem ist zugleich für Protestparteien vorteilhafter als ein Majorz-

System wie in Frankreich, obgleich es den kleinen Gruppierungen in Kantonen mit wenig Mandaten nicht gelingt, Parlamentarier nach Bern zu schicken. Hat umgekehrt der Ausschluss des Front National aus der französischen Nationalversammlung die Partei nicht in ihrer Opferrollen-Ideologie bestärkt? Die Schweiz ist mit demokratischen Institutionen ausgestattet, die für die Opposition offen sind. Auf zunächst unerwartete Weise haben diese langfristig ihre starke Integrationsfähigkeit unter Beweis gestellt. Ihre Auswirkungen auf den Populismus stellen zur Zeit ein gewichtiges Problem dar: werden sie dazu beitragen, ihn zu mässigen, oder werden sie ihm helfen, sich des Systems zu bemächtigen?

Diese letzte Aussage muss ich aber sogleich relativieren. Übertriebene Alarmstimmung ist unnötig, denn die zeitgenössischen populistischen Bewegungen bleiben den demokratischen Institutionen gegenüber grundsätzlich loyal. Gewiss schonen sie die politische Klasse nicht, und man hat vor einiger Zeit die Verheerungen feststellen können, die ihre, selbstverständlich mit populären Ressentiments verbundene Opposition gegen die Parlamentsreform verursacht hat. Diese ist erfolgreich dargestellt worden als Versuch privilegierter Nichtstuer, noch mehr Vorteile zu gewinnen. Glücklicherweise findet man aber keine Spur mehr von der grundsätzlichen Infragestellung der Institutionen, die in der Zwischenkriegszeit so sehr zur Schwächung der Demokratien beigetragen hat. Eine weitere Präzisierung: wenn auch die populistischen Bewegungen in der Oppositionskultur glänzen, so wirken sie doch ziemlich unbeholfen, sobald sie an die Macht kommen. Tatsächlich vermögen ihre wohlfeilen Versprechungen, ihre allzu einfachen Lösungen und die allgemeinen Redensarten, die sie dem Pu-

blikum einhämmern, im wirklichen Umgang mit der Macht nicht zu bestehen und ihre Anhänger lassen sie schliesslich im Stich, wenn sie sich nicht anpassen.

Der Populismus stellt also sehr wohl eine Herausforderung und eine Konkurrenz für das gesamte politische Spektrum dar, sowohl für die Rechte, weil er sich deren anti-etatistische und nationalistische Themen aneignet, wie für die Linke, wenn er deren soziale Saite erklingen lässt und deren Kritik der bestehenden Macht aufgreift. Grundsätzlicher und jenseits taktischer Erwägungen bedeutet der Aufstieg der Populisten einen tatsächlichen Anspruch auf Transparenz und Demokratisierung, dem sich die etablierten Parteien allzu gerne verschliessen. Gewiss ist dieser Anspruch in der heutigen, von Sachzwängen, Verflechtungen und beschränkten Souveränitäten bestimmten Welt oft illusorisch. Dennoch steht fest, dass der logische Gegensatz zum Populismus der Elitarismus ist. Der Populismus nährt sich von den «nichtgehaltenen Versprechen» (Norberto Bobbio) der Demokratien, von der Fortdauer oligarchischer Erscheinungen und Ungleichheiten in ihrem Schoss. In diesem Sinn zieht er aus dem demokratischen Projekt eine gewisse Legitimität, die seine ganze Zweideutigkeit ausmacht. Diese Zweideutigkeit aber fordert uns heraus, nicht nur, weil sie die Arbeit der Populisten erleichtert, sondern vor allem, weil sie ein soziales Unbehagen verrät, das das fortschrittliche Denken nicht ignorieren darf.

Übersetzung: UM

Yannis Papadopoulos ist Professor für schweizerische Politik an der Universität Lausanne
